

STEFAN KADELBACH

Allgemeines  
Verwaltungsrecht  
unter europäischem  
Einfluß

*Jus Publicum*

36

---

**Mohr Siebeck**

# JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 36





Stefan Kadelbach

Allgemeines Verwaltungsrecht  
unter europäischem Einfluß

Mohr Siebeck

*Stefan Kadelbach*: Geboren 1959; Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und Charlottesville/Virginia (USA); 1984–87 Referendariat in Frankfurt; 1989–97 wiss. Assistent an der Universität in Frankfurt; 1991 Promotion; 1996 Habilitation; seit dem Sommersemester 1998 o. Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Münster.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Kadelbach, Stefan*:

Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß / Stefan Kadelbach. –

Tübingen : Mohr Siebeck, 1999

(Jus publicum ; Bd. 36)

ISBN 3-16-147024-9

978-3-16-158100-7 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1999 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

## Vorwort

Die Frage, ob die Einflüsse des europäischen auf das innerstaatliche öffentliche Recht als Zeichen des Aufbruchs zu einer neuen, gemeineuropäischen Rechtskultur zu begrüßen oder als Bedrohung eines bewährten, verfassungsrechtlich verankerten Rechtssystems zu verwerfen seien, gehört hierzulande zu den am meisten erörterten rechtswissenschaftlichen Themen unserer Zeit. In der Praxis der staatlichen Gerichte stellt sich die Frage kaum, da ein Raisonieren über Europa, wie es sein sollte, nicht ihre Sache sein kann. Man mag darüber streiten, ob dies auch ein rechtswissenschaftlicher Standpunkt ist. Doch verweist davon unabhängig das Problem, wie zwei verschiedene und doch eng verbundene, weil aufeinander angewiesene Rechtsordnungen zusammenwirken können, ohne ihre jeweiligen Geltungsansprüche preisgeben zu müssen, auf eine für viele Bereiche entscheidende Fragestellung von allgemeinerem Interesse. Die vorliegende Untersuchung geht mit Blick auf Teilgebiete des allgemeinen Verwaltungsrechts der Frage nach, unter welchen Gesetzmäßigkeiten hier ein Ausgleich zu suchen ist. Sie wurde im Sommersemester 1996 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main als Habilitationsschrift angenommen. Rechtsakte, Rechtsprechung und Literatur sind bis März 1998 berücksichtigt.

Läßt sich Dank teilen, gebührt er gleichberechtigt meinen akademischen Lehrern und den Gutachtern dieser Arbeit, Herrn Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften a.D. Professor Dr. Manfred Zuleeg, Frankfurt am Main, und Herrn Professor Dr. Ingolf Pernice, jetzt Humboldt Universität zu Berlin. Natürlich verdanke ich beiden mehr, als sich hier zum Ausdruck bringen läßt. Herrn Professor Zuleeg bin ich vor allem für die kontinuierliche und ermutigende Förderung seit den frühen Studiensemestern zu Dank verpflichtet, ebenso für viele weiterführende Hinweise zu dieser Studie. Herrn Professor Pernice danke ich für die freundschaftliche, geduldige Gesprächsbereitschaft sowie für die zahllosen fördernden Anregungen, die ich während meiner Assistentenzeit an seinem Lehrstuhl erhalten habe. Dank schulde ich auch Herrn Professor Dr. Michael Bothe, Frankfurt am Main, der mich im Frühjahr 1991 an einem rechtsvergleichenden Projekt zu bergrechtlichen Fragen in verschiedenen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beteiligte und damit indirekt den Anstoß zu dieser Studie gab. Für freundliche Auskünfte danke ich ferner den Herren Kollegen Prof. Dres. Heinz Schäffer (Salzburg) und Olli Mäenpää (Helsinki). Zu danken habe ich zudem meinen ehemaligen Frankfurter Kollegen, Herrn Rechtsreferendar York von Lersner, Frankfurt am Main, und Herrn Professor

Dr. Gerald W. Spindler, Göttingen, die frühere Fassungen des Manuskripts kritisch durchgesehen haben, sowie Herrn Professor Dr. Andreas Cahn, Mannheim, für weitere wichtige Anregungen. Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Amelie Behrendt, Carolin Breloer, Ute Guntermann, Ingo Erberich, Dr. Carsten Günther, Dr. Stefan Klein, vor allem aber Georg Schlüter danke ich für tatkräftige Hilfe beim Sammeln der seit Sommer 1996 erschienenen Literatur, beim Korrekturlesen und bei der Erstellung des Sachverzeichnisses. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft verdanke ich die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Münster, im Juni 1998

Stefan Kadelbach

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Einleitung.....	1

## 1. Kapitel

### Normenkollisionen beim Vollzug des Gemeinschaftsrechts

I. Grundlagen des Vollzuges .....	15
1. Die Doppelfunktion der mitgliedstaatlichen Rechtsanwendungsorgane ..	15
2. Arten des Vollzuges .....	17
3. Anwendbarkeit und Geltung der zu vollziehenden Normen .....	19
4. Europäische Verfassung als Bezugspunkt des Vollzuges .....	21
II. Begriff und Typologie der Kollisionen zwischen nationalem und Gemeinschaftsrecht .....	23
1. Der Kollisionsbegriff .....	23
2. Kollision und Kompetenz .....	27
a) Vorbemerkung .....	27
b) Direkte vertikale Kollision .....	28
aa) Ausdrücklicher Vorrang des Gemeinschaftsrechts .....	28
bb) Impliziter Vorrang des Gemeinschaftsrechts .....	29
cc) Ausdrückliche Kollisionsnorm zugunsten des nationalen Rechts ..	30
c) Indirekter vertikaler Normenkonflikt .....	31
aa) Einzelnormkollision .....	31
bb) „Systemkonflikte“ .....	32
d) Kollisionen mit gemeinschaftsrechtlichen Anerkennungspflichten ...	35
III. Kollision und Einflußfaktor .....	39
1. Rechtsetzungskompetenzen der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts .....	41
2. Die Rechtsfortbildung durch den Gerichtshof .....	43
3. Innerstaatliche Wirkungen der Urteile des Europäischen Gerichtshofs ..	45
IV. Schlußfolgerungen .....	46



## 2. Kapitel

## Geltungsansprüche des Gemeinschaftsrechts

A. Regeln und Prinzipien im Gemeinschaftsrecht .....	51
B. Regelgeleitete Rechtsanwendung .....	54
I. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts .....	54
1. Inhalt, Ableitung und Reichweite des Anwendungsvorrangs .....	54
2. Adressaten des Anwendungsvorrangs .....	57
II. Unmittelbare Anwendbarkeit .....	57
1. Allgemeine Bedingungen der unmittelbaren Anwendbarkeit .....	57
a) Inhalt und Begründung .....	57
b) Allgemeine Voraussetzungen .....	58
2. Rechtsaktspezifische Voraussetzungen der unmittelbaren Anwendbarkeit .....	60
a) Primäres Gemeinschaftsrecht .....	60
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze .....	64
c) Völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft .....	65
d) Verordnungen .....	69
e) Richtlinien .....	71
aa) Die Direktwirkung von Richtlinien .....	71
bb) Ableitung der Direktwirkung von Richtlinien .....	74
cc) Voraussetzungen .....	77
dd) Reichweite der unmittelbaren Anwendbarkeit .....	82
ee) Mögliche Arten der Berechtigung und ihre Beachtung durch staatliche Organe .....	92
f) Entscheidungen .....	92
g) Empfehlungen und Stellungnahmen .....	93
III. Schlußfolgerungen .....	94
C. Die gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung .....	95
I. Grundlagen .....	95
1. Umfang der Verpflichtung zur richtlinienkonformen Auslegung .....	95
2. Auslegungsautonomie der innerstaatlichen Behörden und Gerichte .....	98
3. Die gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung .....	103
II. Konsequenzen für die Anwendung nationalen Rechts .....	104
III. Schlußfolgerungen .....	108
D. Die Bindung des nationalen Verwaltungsrechts an Prinzipien des Gemeinschaftsrechts .....	108
I. Die Bindung der Mitgliedstaaten an Prinzipien des Gemeinschaftsrechts .....	108

1. Die Funktion von Prinzipien im Gemeinschaftsrecht . . . . .	109
2. Vollzugsautonomie der Mitgliedstaaten und Subsidiaritätsprinzip . . . . .	110
3. Autonomiebegrenzende Prinzipien . . . . .	115
a) Effektivität . . . . .	115
b) Verbot der Vollzugsdiskriminierung . . . . .	117
c) Rechtsprinzip . . . . .	119
aa) Rechtmäßigkeit der Verwaltung . . . . .	119
bb) Die europäischen Grundrechte . . . . .	120
cc) Rechtssicherheit . . . . .	122
dd) Vertrauensschutz . . . . .	123
ee) Verhältnismäßigkeit . . . . .	124
d) Der Grundsatz effektiven Rechtsschutzes . . . . .	125
e) Demokratieprinzip . . . . .	126
f) Sozialprinzip . . . . .	127
g) Wettbewerbsprinzip . . . . .	127
h) Der Grundsatz bestmöglichen Umweltschutzes . . . . .	128
i) Zwischenergebnis . . . . .	129
4. Das Verhältnis der gemeinschaftsrechtlichen Prinzipien zum innerstaatlichen Recht . . . . .	129
II. Einzelvollzug . . . . .	131
1. Effektivitätsgebot . . . . .	131
2. Verbot der Vollzugsdiskriminierung . . . . .	134
3. Rechtsschutz und Grundrechte . . . . .	135
4. Das Verhältnis zwischen dem Effektivitätsgebot und anderen Rechtsgrundsätzen . . . . .	138
5. Schlußfolgerungen . . . . .	142
III. Normativer Vollzug . . . . .	143
1. Anforderungen an den Umsetzungsakt . . . . .	143
2. Begrenzung der Rechtsetzungsbefugnis nach vorgängiger Rechtsetzung durch die EG . . . . .	146
IV. Prinzipiengeleiteter Vollzug und Konformauslegung . . . . .	148
V. Schlußfolgerungen . . . . .	149
E. Die Bindung der Gerichte und Verwaltungsbehörden . . . . .	150
an das Gemeinschaftsrecht . . . . .	150
I. Vorbemerkung . . . . .	150
II. Bindung der Gerichte . . . . .	150
1. Nationales Recht als Prüfungsgegenstand . . . . .	150
a) Vorrang . . . . .	150
b) Prinzipienbindung . . . . .	154
2. Gemeinschaftsrecht als Prüfungsgegenstand . . . . .	155
a) Das Fehlerkalkül des Gemeinschaftsrechts . . . . .	155
b) Vereinbarkeit des Gemeinschaftsrechts mit nationalem Verfassungsrecht . . . . .	156

III. Die Bindung der Verwaltung .....	157
1. Allgemeine Vollzugspflicht .....	157
2. Normenkonflikte .....	157
a) Nationales Recht als Prüfungsgegenstand .....	157
aa) Vorrang .....	157
bb) Prinzipienbindung .....	160
b) Gemeinschaftsrecht als Prüfungsgegenstand .....	161
IV. Schlußfolgerungen .....	161
F. Staatshaftung .....	162
I. Die Grundsätze über die Haftung der Mitgliedstaaten .....	163
II. Voraussetzungen der Haftungsgarantie .....	166
1. Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht .....	166
2. Subjektiv-rechtliche Zielsetzung der verletzten Norm .....	168
a) Das Ziel der Verleihung subjektiver Rechte .....	168
b) Schutzrichtung des verletzten Rechts .....	172
3. Qualifiziertheit des Rechtsverstoßes .....	174
a) Normgebung .....	175
b) Verwaltung .....	175
c) Rechtsprechung .....	176
4. Kausalzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden .....	176
5. Schaden .....	177
6. Subsidiarität .....	178
7. Haftende Körperschaft .....	179
III. Dem nationalen Recht vorbehaltene Bereiche .....	179
IV. Unmittelbare Anwendbarkeit des Haftungsgrundsatzes .....	180
V. Schlußfolgerungen .....	180
G. Ergebnisse .....	181

### 3. Kapitel

#### Verfassungsrechtliche Legitimation und Grenzen gemeinschaftsrechtlicher Einflüsse auf das deutsche Verwaltungsrecht

I. Einleitung .....	183
II. Zum Verhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht und innerstaatlichem Recht .....	184
1. Fragestellung .....	184
2. Hierarchie mit Primat des Gemeinschaftsrechts .....	187
a) Vorrang kraft Kompetenzverlustes der Mitgliedstaaten .....	187
b) Vorrang kraft Autonomie des Gemeinschaftsrechts .....	191

aa) Die Gesamttaktstheorie und ihre Kritiker .....	191
bb) Die Verfassungswirklichkeit in den Mitgliedstaaten .....	196
cc) Einschränkungen der neueren europarechtlichen Theorie .....	205
3. Hierarchie mit Primat des Verfassungsrechts .....	206
a) Die ältere völkerrechtliche Theorie .....	206
b) Die neuere völkerrechtliche Theorie .....	208
c) Die Grenzen der Integrationsgewalt und das Bundesverfassungsgericht .....	209
4. Koordination der Rechtsordnungen .....	215
a) Vorrang kraft generalisierter Konkurrenzregel .....	216
b) Vorrang kraft Verweisung .....	216
c) Kooperative Konkurrenz der Rechtsordnungen .....	219
5. Zwischenergebnis .....	221
III. Verfassungsrechtliche Vorbehalte .....	222
1. Prüfungsmaßstab .....	222
2. Grenzen des Anwendungsvorrangs .....	226
a) Demokratische Grundsätze .....	226
b) Rechtsstaatliche Grundsätze .....	227
aa) Gewaltenteilung .....	227
bb) Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht .....	230
cc) Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	230
dd) Weitere rechtsstaatliche Grundsätze .....	234
c) Sozialstaatliche Grundsätze .....	234
d) Föderative Grundsätze .....	235
e) Grundsatz der Subsidiarität .....	242
aa) Konkretisierung .....	242
bb) Institutionelle Schutzrichtungen .....	244
cc) Insbesondere: Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie .....	245
f) Grundrechtsschutz .....	253
3. Zwischenergebnis .....	258
IV. Auswirkungen der verfassungsrechtlichen Öffnung des innerstaatlichen Rechts für das Gemeinschaftsrecht auf das Verwaltungsrecht .....	258
1. Regelvorrang und Verfassung .....	258
2. Vorrang des gemeinschaftsrechtlichen Rechtsschutzstandards .....	259
3. Konformauslegung .....	260
4. Gemeinschaftsrechtliche Prinzipienbindung und Verfassung .....	260
a) Die Verwirklichung gemeinschaftsrechtlicher Prinzipienbindung im innerstaatlichen Recht .....	260
b) Mögliche Grenzen der Prinzipienbindung .....	261
aa) Rechtsstaatlichkeit .....	261
bb) Diskriminierungsverbote und Systemtreue .....	263
V. Schlußfolgerung .....	268

## 4. Kapitel

Dogmatische Bedingungen für die Lösung  
von Kollisionen im Verwaltungsrecht

I. Vorbemerkung .....	270
II. Normative und dogmatische Anpassung .....	272
1. Der Rezeption durch Normsetzung vorbehaltene Bereiche .....	272
2. Rezeption durch Dogmatik .....	275
a) Elemente, Funktion und System der Dogmatik .....	276
b) Einheit und System der Verwaltungsrechtsdogmatik .....	279
c) Leistungsfähigkeit und Grenzen der Verwaltungsrechtsdogmatik vor dem Hintergrund gemeinschaftsrechtlicher Anforderungen .....	287
d) Das zweispurige Modell der Dogmatik des öffentlichen Rechts .....	290
e) Verfahren dogmatischer Rezeption .....	291
III. Zuordnung von Rezeptionstechniken und dogmatischen Figuren .....	293
IV. Schlußfolgerung .....	294

## 5. Kapitel

## Das allgemeine Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß

Einleitung .....	296
A. Rechtsformenlehre .....	297
I. Rechtsquelle und Handlungsform .....	297
II. Modifikationen bestehender Rechtsformen .....	299
1. Quellenlehre .....	299
a) Umsetzungsgesetz .....	299
b) Durchführungsverordnung .....	301
c) Satzung .....	302
2. Abstrakt-generelle Handlungsformen .....	303
a) Verwaltungsvorschriften .....	303
aa) Verwaltungsvorschriften nach deutschem Recht .....	304
bb) Die Folgen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs .....	310
b) Technische Normen .....	320
3. Konkrete Handlungsformen .....	325
a) Verwaltungsakt .....	325
aa) Zollrechtliche Entscheidung .....	326
bb) „Transnationaler“ Verwaltungsakt .....	328
cc) Formalisierte Anerkennungsformen: Zertifikat und Negativattest .....	328

dd) Kooperative Rechtsakte . . . . .	333
ee) Kautions . . . . .	341
ff) Planifizierter Verwaltungsakt . . . . .	345
gg) Zwischenergebnis . . . . .	348
b) Verwaltungsrechtlicher Vertrag . . . . .	349
c) Verwaltungsprivatrecht . . . . .	350
aa) Die Bindung privatrechtlichen Handelns des Staates an das Gemeinschaftsrecht . . . . .	350
bb) Die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben in Privatrechtsform . . . . .	353
cc) Erwerbswirtschaftliche Betätigung der Verwaltung . . . . .	357
dd) Wirtschaftsförderung . . . . .	358
ee) Fiskalische Hilfgeschäfte . . . . .	360
ff) Beliehene . . . . .	365
gg) Folgerungen . . . . .	366
III. Schlußfolgerungen . . . . .	366
B. Subjektive öffentliche Rechte . . . . .	368
I. Gemeinschaftsrechtliche Rechtsgewährung und subjektives öffentliches Recht . . . . .	369
1. Schutzzumfang subjektiver Rechte nach Gemeinschaftsrecht . . . . .	370
2. Die Schutznormtheorie im deutschen Verwaltungsrecht . . . . .	372
3. Vergleich . . . . .	378
a) Zielrichtung des Rechtsschutzsystems . . . . .	379
b) Schutzzumfang des Rechts und Klageinteresse . . . . .	384
4. Gemeinschaftsrecht als maßgebliche Rechtsordnung . . . . .	387
5. Die Integration der gemeinschaftsrechtlichen Berechtigung in das deutsche Recht . . . . .	391
a) Prozeßrecht . . . . .	391
aa) Klageinteresse . . . . .	391
bb) Klagearten . . . . .	393
cc) Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	395
b) Recht der öffentlichen Ersatzleistungen . . . . .	397
aa) Amtshaftung . . . . .	398
bb) Deliktshaftung für privatrechtliches Handeln der Verwaltung . . . . .	403
II. System gemeinschaftsrechtlicher Berechtigungen . . . . .	406
1. Bedingungen einer Systematisierung . . . . .	406
2. Grundrechte . . . . .	409
3. Gemeinschaftsrechtlich geschützte Rechte unterhalb der Verfassungsebene . . . . .	410
a) Politische Rechte . . . . .	410
b) Abwehrrechte . . . . .	410
c) Leistungsrechte . . . . .	413
d) Kontroll- und Verfahrensrechte . . . . .	415
aa) Originäre Rechte . . . . .	415

(1) Nicht verfahrensakzessorische Rechte .....	415
(2) Verfahrensakzessorische Rechte .....	420
(3) Rechte im Verfahren .....	423
bb) Derivative Verfahrensrechte .....	425
cc) Zwischenbewertung .....	425
e) Insbesondere: Rechte in normativen Dreiecksverhältnissen .....	426
aa) Konkurrenzschutz .....	427
(1) Negativer Konkurrenzschutz .....	427
(2) Positiver Konkurrenzschutz .....	431
(3) Ausschließender Konkurrenzschutz .....	433
bb) Nachbarschutz .....	436
f) Ansprüche auf fehlerfreie Ermessensausübung .....	437
g) Rechtsverhältnisse zwischen Verwaltungsträgern .....	439
III. Ergebnisse .....	441
C. Beurteilungsspielraum und Ermessen .....	443
I. Vorbemerkung: Offene Rechtsnormen und die Wirkung von Rechtsprinzipien für die Rechtsanwendung .....	443
II. Beurteilungsspielraum und gemeinschaftsrechtliche Determinanten .....	444
1. Die Lehre vom Beurteilungsspielraum .....	444
2. Beurteilungsspielraum im Gemeinschaftsrecht .....	446
3. Beurteilungsermächtigungen im mittelbaren Vollzug .....	448
a) Ausschluß von Beurteilungsspielräumen .....	448
b) Reduktion verbliebener Beurteilungsspielräume .....	450
III. Ermessen .....	451
1. Die Ermessenslehre .....	451
2. Die Auswirkungen gemeinschaftsrechtlicher Prinzipien auf die Ermessensausübung .....	453
a) Der Prüfungsmaßstab .....	453
b) Eingliederung in die Fehlerquellenlehre .....	453
aa) Ermessensüberschreitung .....	454
bb) Ermessensunterschreitung .....	454
cc) Ermessensfehlgebrauch .....	455
dd) Verstoß gegen rechtliche Grenzen des Ermessens .....	456
IV. Aufhebung von Verwaltungsakten .....	457
1. Rücknahme .....	458
a) Aufhebung belastender Verwaltungsakte und Rückerstattung .....	459
b) Aufhebung begünstigender Verwaltungsakte und Rückforderung ...	462
aa) Rechtswidrigkeit .....	462
bb) Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben bei der Beurteilung der Rechtswidrigkeit .....	466
cc) Vertrauen des Begünstigten in die Rechtmäßigkeit .....	470

dd) Schutzwürdigkeit des Vertrauens .....	475
ee) Abwägung des Vertrauens gegen andere Interessen .....	476
ff) Jahresfrist nach § 48 IV VwVfG .....	477
gg) Rechtsfolge .....	481
c) Nachforderung .....	481
2. Widerruf .....	482
V. Zusammenfassung .....	482
D. Ergebnisse .....	483
Zusammenfassung .....	485
Literatur .....	493
Sachverzeichnis .....	555





## Einleitung

Eine europäische bürgerliche Gesellschaft entstand schon im neunzehnten Jahrhundert,<sup>1</sup> doch erst in unseren Tagen erfaßt der Prozeß der Entgrenzung innerhalb Europas auch die Rechtsordnungen. Wie insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention belegt, haben verwandte Wertvorstellungen in den Verfassungen völkerrechtliche Grundsatzkonventionen über Materien ermöglicht, die als staatsidentitätsstiftend aufgefaßt werden.<sup>2</sup> Da arbeitsteilige Wirtschaftssysteme auf grenzüberschreitende Transaktionen angewiesen sind, wurde nationales Wirtschaftsrecht austauschbar, was sich in Konvergenz, wechselseitiger Durchdringung und einer durch die Möglichkeit der Rechtswahl bekräftigten, gegenseitigen Toleranz der Rechtsordnungen im Internationalen Privatrecht ebenso ausdrückt wie in einem wachsenden Erfordernis gegenseitiger Anerkennung von Hoheitsakten. In zwischenstaatlicher Kooperation entwickelte Lösungsansätze für grenzüberschreitende Problemstellungen, gemeinsame völkerrechtliche Verpflichtungen mit dem Ziel einheitlicher oder vergleichbarer Prozeß-, Kollisions- und Sachnormen, vor allem aber das Integrationsprogramm der Europäischen Gemeinschaft haben zu einer Internationalisierung des Rechts geführt, von der kein Bereich ausgenommen bleibt.<sup>3</sup>

Die Rechtswissenschaft hat sich dieser Entwicklung auf ihre Weise angenommen. Die fortschreitende Veränderung des Rechts der europäischen Staaten durch Normen zwischenstaatlichen Ursprungs ist schon vor drei Jahrzehnten beobachtet und mit der Rezeption in der Frührenaissance verglichen worden.<sup>4</sup> Die Betonung als genuin europäisch in Anspruch genommener gemeinsamer Verfassungstraditionen<sup>5</sup> und, in diesem Rahmen sich konkretisierend, die historische Herkunft und Regelungsdichte des Gemeinschaftsrechts<sup>6</sup> haben zu

---

<sup>1</sup> *Hegel*, Rechtsphilosophie, § 246 spricht davon, daß die bürgerliche Gesellschaft „über sich hinausgetrieben“ werde, „zunächst *diese bestimmte Gesellschaft*, um außer ihr in anderen Völkern, die ihr an den Mitteln, woran sie Ueberfluß hat, oder überhaupt an Kunstfleiß u.s.f. nachstehen, Konsumenten und damit die nöthigen Subsistenzmittel zu suchen“ (Herv. orig.).

<sup>2</sup> Zur Bedeutung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit für die staatliche Identität der Bundesrepublik s. *BVerfG*, Beschl. v. 22. 10. 1986, 2 BvR 197/83, BVerfGE 73, 340 (376) – „Solange II“; dem folgend Art. 23 I GG n.F.

<sup>3</sup> *David*, International Encyclopedia of Comparative Law II-5, zum europäischen Kontext S. 141 ff.; *Kramer*, JBl. 1988, 479 ff.; zur *lex mercatoria i.d.Z.* *Goldman*, Etudes Lalive, 241 ff.

<sup>4</sup> Siehe statt vieler *Coing*, FS Hallstein, 116 ff.

<sup>5</sup> I.d.S. vor allem *Häberle*, EuGRZ 1991, 261 ff.; vgl. andererseits *Isensee*, in: ders. (Hg.), Europa als politische Idee, S. 103 ff.

einer „Europäisierung“<sup>7</sup> aller Rechtsmaterien geführt. Jedes Fachgebiet verfügt nunmehr über ihre „europäische“ Version.<sup>8</sup> Das Ideal einer „Eurosprudenz“<sup>9</sup> mit der Vision eines neuen gemeinen Rechts<sup>10</sup> wurde wissenschaftliches Programm.<sup>11</sup>

Diese Entwicklung hat für das allgemeine Verwaltungsrecht erst mit leichter Verspätung eingesetzt. Anders als das Privatrecht wurde das Verwaltungsrecht bisher nicht Gegenstand internationaler Übereinkommen mit dem Ziel seiner Vereinheitlichung, und bis zum Erlaß des Zollkodex der Gemeinschaft<sup>12</sup> hat es nur in geringem Umfang vereinheitlichende Initiativen der rechtsetzenden Organe der EG gegeben.<sup>13</sup> Erste Ansätze zu seiner Internationalisierung entwick-

<sup>6</sup> Schon Ende der 80er Jahre war absehbar, daß zur Jahrtausendwende 80 % des Wirtschafts-, Sozial- und Steuerrechts Gemeinschaftsrecht sein würden, so die Prognose des ehemaligen Präsidenten der EG-Kommission, *Jaques Delors*, in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament v. 4. 7. 1988, Bull. EG 7/8-1988, Ziff. 2.4.21.

<sup>7</sup> Zur „Europäisierung“ der Rechtswissenschaft fordern auf *Coing*, NJW 1990, 937 f. und *Schulze*, in: ders. (Hg.), Europäische Rechts- und Verfassungsgeschichte, S. 3; *Zimmermann*, JZ 1992, 8; *Janssen*, FS Böckenförde, 151. *Häberle*, EuGRZ 1991, 261 fordert im Hinblick auf das Verfassungsrecht mit gleichem Ziel die „Europäisierung Europas“. Siehe auch die Programme einer „europäischen Verfassungsgeschichte“ bei *Willoweit*, in: Schulze (Hg.), ebd., S. 141 ff. und einer „europäischen Verwaltungsgeschichte“ bei *Robbers*, ebd., S. 153 ff.; ferner *Stolleis*, KritV 1995, 275 ff.; *David*, in: Cappelletti (Hg.), Common Law of Europe, S. 113 ff. und *Coing*, ebd. S. 31 ff.; vgl. auch *Tomuschat*, in: ders. u.a. (Hg.), Europäische Integration, S. 21 ff.

<sup>8</sup> Zu europäischem Privatrecht *Drobnig*, FS Steindorff, 1149 ff. (Vertragsrecht); *Ulmer*, JZ 1992, 1 ff.; *Blaurock*, JZ 1994, 270 ff.; von „gemeineuropäischem Zivilrecht“ sprechen u.a. *Kötz*, FS Zweigert, 481 ff.; *Kramer*, JBl. 1988, 477 f., 485 ff.; *Coing*, NJW 1990, 939; *Zimmermann*, JZ 1990, 838; *ders.*, JZ 1992, 8 ff.; vgl. auch *Müller-Graff*, FS Börner, 310 f. und NJW 1993, 13 („Gemeinschaftsprivatrecht“); zur „Europäisierung“ des Arbeitsrechts *Beyer/Möllers*, JZ 1991, 24 und *Meier-Schatz*, ZSR 1992 I, 227; des Wettbewerbsrechts *Fezer*, JZ 1994, 317 ff.; des Familienrechts (de lege ferenda) *Martiny*, RabelsZ 59 (1995), 419 ff.; zu „europäischem Strafrecht“ *Sieber*, ZStW 102 (1991), 957 ff.

<sup>9</sup> *Patti*, Saggi di diritto privato comparato, S. 58 („eurosprudenza“).

<sup>10</sup> Vgl. auch *BVerfG*, Beschl. v. 8. 4. 1987, 2 BvR 687/85, BVerfGE 75, 223 (244) – *Kreditvermittler*: „Die Gemeinschaftsverträge sind auch im Lichte gemeineuropäischer Rechtsüberlieferung und Rechtskultur zu verstehen“; ähnlich schon *Grabitz*, Gemeinschaftsrecht bricht nationales Recht, S. 53. Zur Entwicklung des historischen Vorbildes des *ius commune* statt vieler *Wieacker*, Privatrechtsgeschichte, S. 82 ff.; *Berman/Reid*, ZEuP 3 (1995), 3 ff.; skeptisch zu solchen Parallelen *Götz*, JZ 1994, 265 ff.; *Scheuing*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann (Hg.), S. 353; *Rengeling*, VVDStRL 53 (1994), 230.

<sup>11</sup> Siehe Fn. 7.

<sup>12</sup> Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates v. 12. 10. 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 302/1. Der Zollkodex stellt die bisher umfangreichste Kodifizierung europäischen Verwaltungsrechts dar. Er ersetzt 26 Einzelverordnungen und zwei Richtlinien des Rates (Art. 251), die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission v. 2. 7. 1993 mit Durchführungsvorschriften zum Zollkodex (ABl. L 253/1, ber. Fsg. ABl. 1994 L 268/32) weitere 75 Verordnungen und 2 Richtlinien der Kommission (Art. 913).

<sup>13</sup> Siehe z.B. Verordnung (EWG) Nr. 1430/79 des Rates v. 2. 7. 1979 über die Erstattung oder den Erlaß von Eingangs- oder Ausfuhrabgaben, ABl. L 175/1 sowie Verordnung (EWG) Nr. 1697/79 des Rates v. 24. 7. 1979 betreffend die Nacherhebung von noch nicht vom Abgabenschuldner angeforderten Eingangs- oder Ausfuhrabgaben für Waren, die zu einem Zollver-

kelten sich jedoch in der Praxis der Gemeinschaftsorgane. Der Prozeß der Entstehung eines gemeinschaftseigenen Verwaltungsrechts aus den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, die in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs<sup>14</sup> und in der Literatur zu Elementen eines Europäischen Verwaltungsrechts abstrahiert worden sind,<sup>15</sup> verläuft seit etwa einem Jahrzehnt, wie immer deutlicher erkennbar wird, auch in entgegengesetzter Richtung.<sup>16</sup> Man kann deshalb nicht mehr nur von einem Europäischen Verwaltungsrecht im Sinne eines Rechts der Verwaltung durch Organe der Gemeinschaft sprechen;<sup>17</sup> vielmehr erfaßt der Begriff auch das auf Sachverhalte mit Gemeinschaftsbezug anwendbare nationale Verwaltungsrecht.<sup>18</sup> Beide Entwicklungsrichtungen sind gemeint, wenn in Reverenz an historische Wurzeln<sup>19</sup> von gemeineuropäischem Verwaltungsrecht die Rede ist.<sup>20</sup> Die auf das nationale Verwaltungsrecht aus-

---

fahren angemeldet worden sind, das die Verpflichtung zur Zahlung derartiger Abgaben beinhaltet, ABl. L 197/1, beide zul. geänd. ABl. 1989 L 186/1 und aufgehoben durch Art. 251 des Zollkodex (Fn. 12). Siehe auch den Überblick bei *Vedder*, EuR Beih. 1/1995, 79 ff.

<sup>14</sup> So zuerst im Dienstrecht der Gemeinschaft, s. die Leitentscheidung v. 12. 7. 1957, verb. Rs. 7/56 und 3/57-7/57, Slg. 1957, 83 (117 ff.) – *Dineke Algera u.a./Gemeinsame Versammlung der EGKS*; allgemein *Reischl*, in: *Schwarze* (Hg.), *Europäisches Verwaltungsrecht im Werden*, S. 97 ff.; *Rengeling*, EuR 1984, 331 ff.; *Schweitzer*, DV 17 (1984), 137 ff.; *Everling*, FS Redeker, 293 ff.; *Gornig/Trüe*, JZ 1993, 884 ff.

<sup>15</sup> Vgl. schon *Lecheler*, Der Europäische Gerichtshof und die allgemeinen Rechtsgrundsätze, S. 56 ff., 145 ff.; *Meessen*, JIR 17 (1974), 283 ff.; *Rengeling*, Rechtsgrundsätze, durchgehend; *Kasten*, DÖV 1985, 570 ff.; s. dann vor allem *Schwarze*, in: *ders.* (Hg.), *Europäisches Verwaltungsrecht im Werden*, S. 11 ff.; *ders.*, *Europäisches Verwaltungsrecht*, 1988, 2 Bdd.; *ders.*, ELR 15 (1991), 3 ff.; *ders.*, R.T.D.E 1993, 235 ff.; *Everling*, DVBl. 1983, 619 ff.; *ders.*, NVwZ 1987, 1 ff.; *Grabitz*, NJW 1989, 1776 ff.; *Gornig/Trüe*, JZ 1993, 884 ff.; zu einem „europäischen Staatshaftungsrecht“ *Geiger*, DVBl. 1993, 465. Der Einfluß europäischen Rechts erfaßt auch in teils sehr grundsätzlicher Weise den verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz, von einem „europäischen rechtsstaatlichen *acquis commun*“ spricht daher *Tomuschat*, FS Redeker, 292.

<sup>16</sup> *Flauss*, in: *Burmeister* (Hg.), *Verwaltung*, S. 229; *Koopmans*, AJCL 39 (1991), 500 ff.

<sup>17</sup> Siehe bereits *Wohlfarth*, Juristen-Jahrbuch 3 (1962/63), 248, der „Umriss eines werdenen europäischen Verwaltungsrechts“ ausmacht; vgl. auch *Bachof*, VVDStRL 30 (1972), 236.

<sup>18</sup> I.d.S. auch *Gassner*, DVBl. 1995, 16. Der doppelte Sinn des Wortes erinnert an die Mehrdeutigkeit des Begriffs „Internationales Verwaltungsrecht“, das zeitweilig zum einen als das Recht internationaler Verwaltungsgemeinschaften oder sonst durch völkerrechtliche Verträge geschaffenes Vollzugsrecht verstanden wurde (s. *Bülck*, Strukturwandel, S. 13), zum anderen im heute geläufigen Sinne als Rechtsanwendungsrecht (so zuerst *O. Mayer*, Dt. VwR II, 1895, S. 453 ff.; s. auch *Neumeyer*, Internationales Verwaltungsrecht IV, S. 28 f.). Zu der entsprechenden, so in deutscher Sprache nicht möglichen Unterscheidung zwischen „diritto amministrativo internazionale“ und „diritto internazionale amministrativo“ *Donati*, Trattati I, S. 432, 437 f.; *Borsi*, Riv. dir. int’le 6 (1912), 378; ihnen folgend *Gascon y Marin*, RdC 34 (1930-IV), 21; dazu ferner *Vogel*, Anwendungsbereich, S. 161 ff.

<sup>19</sup> Siehe schon *Bülck*, FS Kraus, 29 ff.; *Schwarze*, *Europäisches Verwaltungsrecht*, S. 92 f. n. 94; ferner die Beiträge in *Heyen* (Hg.), *Konfrontation und Assimilation nationalen Verwaltungsrechts in Europa* (19./20. Jh.).

<sup>20</sup> *Rivero*, in: *Cappelletti* (Hg.), *Common Law of Europe*, S. 389 („droit commun européen“); *Everling*, RabelsZ 50 (1986), 224; *ders.*, FS Redeker, 310 f.; *Schwarze*, *Europäisches Verwaltungsrecht*, S. 90 ff.; *ders.*, EuR 1997, 421 („ius commune“); vgl. auch *Schröder*, DV 23 (1990), 250.

strahlende Energieleistung der europäischen Integration hat inzwischen im Schrifttum hinreichend Aufmerksamkeit gefunden<sup>21</sup> und die Forderung laut werden lassen, die Lehrbücher des Verwaltungsrechts neu zu schreiben.<sup>22</sup> Ähnliche Beobachtungen sind im ausländischen Schrifttum zu verzeichnen.<sup>23</sup> Daß der Prozeß der Öffnung des Verwaltungsrechts jetzt erst beginnt, hat verschiedene Ursachen. Ein Grund liegt in der dem öffentlichen Recht eigenen Abgeschlossenheit gegenüber anderen Rechtsordnungen.

Das Verwaltungskollisionsrecht führt wegen der indisponiblen Natur<sup>24</sup> und grundsätzlichen territorialen Begrenztheit des Verwaltungsrechts<sup>25</sup> allenfalls ausnahmsweise zur Konsultation fremden Steuer- oder Sozial-, kaum aber des allgemeinen Verwaltungsrechts.<sup>26</sup> So hat die zunehmende Befassung der Gerichte mit grenznahen Umweltbelastungen, die einen Anreiz zur Einflußnahme ausländischen Rechtsdenkens bieten könnte,<sup>27</sup> bislang nicht zu einer Beeinflus-

<sup>21</sup> Siehe *Klein*, in: Starck (Hg.), Rechtsvereinheitlichung, S. 142; *Schmidt-Aßmann*, FS Lerche, 513; zu „Europäisierungen“ von Teilbereichen des Verwaltungsrechts *Vitzthum/Scheneck*, in: Vitzthum (Hg.), Europäische und Internationale Wirtschaftsordnung, S. 47 („Europäisierung des Gentechnikrechts“); *Appel*, DVBl. 1995, 399 f.; *Rengeling/Gellermann*, DVBl. 1995, 389 ff. (Europäisierung des Umweltrechts); ebenso *Steinberg*, AöR 120 (1995), 550 (europäisiertes deutsches Umweltrecht als Bestandteil eines „übergreifenden europäischen Verwaltungsrechts im Sinne eines *ius commune publicum*“); *Gassner*, DVBl. 1995, 16, 23 („europäisches *ius commune* im Verwaltungsverfahrenrecht“); des Verfassungsrechts *Klein*, FS Stern, 1301 ff.; des öffentlichen Rechts *Koopmans*, PL 1991, 54; überhaupt staatlichen Handelns *Siedentopf/Hauschild*, DÖV 1990, 455.

<sup>22</sup> So im Verlaufe der Aussprache auf der Mainzer Staatsrechtslehrertagung 1993 *Vogel*, VVDStRL 53 (1994), 241; *Häberle*, ebd. 245; vgl. auch *Badura*, ebd. 244 (EuGH als „eine Art neuer Otto Mayer“).

<sup>23</sup> Zu Frankreich *Flauss*, in: Burmeister (Hg.), Verwaltung, S. 229 ff.; *Oberdorff*, R.D.P. 11 (1995), 25 ff.

<sup>24</sup> *Hoffmann*, in: v. Münch (Hg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 7. Aufl. 1985, S. 864 bleibt Belege für seine These schuldig, die Verwaltung könne im Einzelfall legitimiert sein, aus mehreren Rechtsordnungen die „sachgerechteste“ Norm auszuwählen. Aufgrund öffentlich-rechtlichen Vertrages könnte ihr wohl diese Befugnis eingeräumt werden, jedoch nur in den Grenzen des § 54 VwVfG. Ein Beispiel für eine Art „Rechtswahl“ bietet das europäische Sozialversicherungsrecht, das Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Dienststellen eine Option gewährt, s. Art. 16 II VO Nr. 1408/71 EWG über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Wanderarbeitnehmer (Abl. 1971 L 149/2 i.d.F. Abl. 1997 L 28/4). Im übrigen kann die Verwaltung zwar ermächtigt oder verpflichtet werden, auf fremdem Recht beruhende Hoheitsakte anzuerkennen, doch hat dies nichts mit Rechtswahl zu tun, da die Voraussetzungen, unter denen dies geschieht, unnachgiebig sind. Kollisionsrechtlich kommt es zur positiven Berufung einer ausländischen Norm des öffentlichen Rechts gleichfalls nur ausnahmsweise; das internationale Verwaltungsrecht ist m.a.W. „einseitig“, nach wie vor zutr. *Neumeyer*, Internationales Verwaltungsrecht IV, S. 115.

<sup>25</sup> Vgl. *Vogel*, Anwendungsbereich, S. 14, 126, 148, 342; zu Ausnahmen *Okresek*, ÖZöRV 35 (1985), 325 ff.; insbesondere im Kartellrecht *Rehbinder*, Extraterritoriale Wirkungen des deutschen Kartellrechts, S. 155 ff.; *Meessen*, Völkerrechtliche Grundsätze des internationalen Kartellrechts, S. 108 ff.

<sup>26</sup> Ansätze für eine Systematisierung solcher Verweisungen bei *Vogel*, AöR 84 (1959), 56 ff.; *Riphagen*, RdC 102 (1961-I), 284.

<sup>27</sup> So jedenfalls *Gerstner*, Drittschutzdogmatik, S. 22.

sung durch Elemente anderer Rechtsordnungen geführt.<sup>28</sup> Der direkte, allein auf Rechtsvergleichung beruhende Einfluß ausländischer Rechtsordnungen kann im öffentlichen Recht ohne einen normierten Zwang zur Anwendung ausländischen Rechts auch nur marginal bleiben.<sup>29</sup> Seine politische und historische Bedingtheit erschweren es, einzelne Regelungsmodelle zu isolieren und ihre Option zur gesellschaftlichen Konfliktlösung der anderer Rechtsordnungen mit anderer Geschichte und Systematik als dogmatische Alternative gegenüberzustellen.<sup>30</sup> Verfassungsrechtlich gilt eine unausgesprochene, aber unwiderlegliche Vermutung zugunsten der Entscheidung des demokratisch legitimierte Gesetzgebers, wenn eine Norm nicht erkennbar als dispositiv konzipiert ist; durch Rechtsvergleichung gewonnene Optimierungsvorschläge entbehren einer solchen Legitimation.<sup>31</sup> Da die Rechtssätze des öffentlichen Rechts dem Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung unterliegen, haftet Rechtsvergleichung als maßgeblicher und nicht lediglich für ein gefundenes Resultat bestätigend wirkender Auslegungsmethode ein Hauch von Unberechenbarkeit an,<sup>32</sup> da sie sich nicht als normativ gesteuerte Rechtsfindungstechnik darstellt, sondern notwendig zu einem Akt der Wahl<sup>33</sup> führen muß, deren Kriterien vage bleiben.<sup>34</sup> Dies gilt wegen des Gebotes der Rechtssicherheit und des

<sup>28</sup> Vielmehr lautet die Frage ganz im traditionellen Sinne, ob das nationale Recht die Beteiligungsrechte ausländischer Nachbarn stärken muß, s. *Blümel*, FS Doehring, 89 ff.

<sup>29</sup> So bereits *Nawiaskey*, VVDStRL 3 (1927), 43 LS. 2; *Doehring*, Rechtsvergleichung als Interpretationshilfe, S. 51 (Vermutung für eine „interne“ Interpretation, anders bei Anknüpfungen an internationale Standards wie in Art. 1 II, 25 GG); *Schmidt-Aßmann*, FS Lerche, 519 spricht dem Rechtsvergleich eine „Position in den Grenzbereichen zwischen Plausibilität und Normativität“ zu. Im Verfassungsrecht mag dies vor allem in der frühen Praxis des *BVerfG* anders gewesen sein, s. die Ansätze in den Entscheidungen v. 29. 7. 1952, 2 BvE 2/51, BVerfGE 1, 372 (381 f.) – *dt./frz. Wirtschaftsabkommen*; v. 4. 6. 1957, 2 BvL 17/56 u.a., E 7, 29 (40) – *Presserrecht*; v. 22. 11. 1958, 1 BvR 400/51, E 7, 198 (208) – *Lüth*; v. 29. 7. 1959, 1 BvR 205/58 u.a., E 10, 59 (81 ff.) – *Stichentscheid*. Zur Rechtsvergleichung eingehend *Häberle*, JZ 1989, 913 ff., der sie im Verfassungsrecht als „fünfte Auslegungsmethode“ empfiehlt; zust. *Hesse*, Grundzüge, Rn. 71 n. 28; zur historischen Bedeutung und zu den Zwecken der Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht eingehend *Starck*, JZ 1997, 1021 ff.

<sup>30</sup> Vgl. auch *Bullinger*, EuR Beih. 1/1995, 41.

<sup>31</sup> Siehe schon *Bernhardt*, ZaöRV 24 (1964), 443.

<sup>32</sup> Vgl. dagegen *Kaiser*, ZaöRV 24 (1964), 392 unter Bezug auf *Erik Wolf*, Naturrechtslehre, S. 188, wonach „eine vertiefte Rechtsvergleichung [...] auch der Theorie eines als Gesellschaftsordnung verstandenen Naturrechts als notwendige Methode zu dienen“ vermöge. Da offenbleibt, welcher Grad an Verbindlichkeit dieser Ordnung zukommen soll, bestärkt diese Anregung die geäußerten Bedenken eher, als sie zu zerstreuen. Dagegen ist die Rechtsvergleichung im Zivil- und Handelsrecht wegen der größeren dogmatischen Freiheit auf diesen Gebieten weniger Einwänden ausgesetzt, s. zu Rechtsprechung, die sie als ergänzende Auslegungsmethode nutzt, *Aubin*, RabelsZ 34 (1970), 458 ff., auch mit Beispielen für die Verwerfung der rechtsvergleichenden Methode S. 471 ff. Insoweit soll der Wert der Rechtsvergleichung nicht bestritten werden, dazu *Yntema*, Mich. L. Rev. 54 (1956), 927 f.

<sup>33</sup> Auch die herkömmlichen Auslegungstechniken können als Prozeß der Wahl aufgefaßt werden, s. *Gottlieb*, The Logic of Choice, S. 91 ff.; doch ist die Entscheidung zwischen in kanonisierte Methodik gewonnenen Alternativen besser vorhersehbar, vgl. ebd. S. 103.

<sup>34</sup> Vgl. *Frankenberg*, Harv. Int'l L. J. 26 (1985), 411 ff. (412: „More often than not, even exo-

aus ihr abgeleiteten hohen Eigenwertes der Verlässlichkeit richterlicher Urteilsrechtfertigung auch noch innerhalb des Spielraums, den der Gesetzgeber dogmatischer Fortbildung zugesteht, mithin selbst für den schon der Verwaltungswissenschaft des neunzehnten Jahrhunderts bekannten<sup>35</sup> und als Quelle der Rechtserkenntnis empfohlenen Institutionenvergleich.<sup>36</sup>

Aus anderen Gründen wirkt das Völkerrecht nur in geringfügigem Umfang auf das nationale Verwaltungsrecht ein. Quellen derartiger Einflußnahmen sind zur Zeit in erster Linie im Rahmen des Europarates und in intergouvernementaler Zusammenarbeit von Unionsstaaten entstandene Konventionen. Wichtigster Maßstab sind die Europäische Menschenrechtskonvention nebst ihren Zusatzprotokollen, aus deren Gewährleistungen sich Folgen für das Verwaltungsverfahren, den Verwaltungsprozeß, aber auch das Polizei- und Ordnungsrecht sowie das Ausländerrecht ergeben können.<sup>37</sup> Die erwartete Anpassungsleistung der nationalen Rechtsanwendung hängt vom innerstaatlichen Rang der Menschenrechtskonvention ab. Da sie in der Bundesrepublik nur als einfaches Gesetz gilt, ist deren Umsetzung lediglich am Maßstab des Gebots völkerrechtsfreundlichen Handelns überprüfbar. Sie unterliegt ausschließlich in den Grenzen des innerstaatlichen Rechts sanktionierter gerichtlicher Kontrolle,<sup>38</sup> denn die durch die EMRK geschaffenen Organe setzen keine Hoheitsakte mit

---

tic trips turn out to be vain attempts to escape from everyday life and to re-invent the traveler's world view.“).

<sup>35</sup> So war die „Europäisierung“ des Verwaltungsrechts auf der Grundlage der Rechtsvergleichung bereits Teil der Methode *Lorenz v. Steins*, s. Verwaltungslehre, Teil 1, Abt. 1, Vorrede z. 1. Aufl., S. VIII f.: „Es ist, wollen wir anders nicht zu den untern Reihen herabsinken, in unserer Wissenschaft die Auffassung des europäischen Rechtslebens als eines Ganzen, und das Begreifen des einzelnen Volkes und seiner Rechtsbildung als eines organischen Theiles dieses Ganzen, das wir zu leisten haben.“ S. IX: „Die wahren Institutionen unserer deutschen Rechtswissenschaft müssen künftig in dem Bilde des europäischen Rechtslebens bestehen, und Niemand sollte an deutsches Recht gehen, ohne, wenn auch nur in seinen Grundzügen, das wunderbar große und schöne Bild des europäischen Rechts, aus der Einheit seiner Volksrechte, ihrer Geschichte, ihrer Gestalt, ihrer Elemente und ihrer wirkenden Individualität sich zu einem machtvollen organischen Leben entfaltend, vor seinen geistigen Augen zu haben.“

<sup>36</sup> Gemeint ist die Institution als dogmatische Figur, wie sie im öffentlichen Recht in Anlehnung an das römische Recht z.B. bei *Fleiner*, Institutionen, programmatisch verwendet wird. Was letztlich den Unterschied zum Institutionenbegriff der *Lehren v. Steins* (vorige Fn.) ausmacht, soll hier nicht vertieft werden. Festzuhalten bleibt, daß die Entwicklung und Umbildung dogmatischer Institution nur durch solches Recht angeleitet sein darf, das sich durch den Rückbezug auf die übergeordneten Ebenen der jeweils maßgeblichen Normenpyramide als verbindlich ausweisen kann.

<sup>37</sup> Siehe *Bernhardt*, FS Doehring, 23 ff.; *Koopmans*, PL 1991, 54 ff.; *Ress*, in: Burmeister (Hg.), Verwaltung, S. 205, 219 ff.; *Schmidt-Aßmann*, FS Lerche, 515 f.; *ders.*, DVBl. 1993, 927; *Tomuschat*, FS Redeker, 280 ff.; *Scheuing*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann (Hg.), Innovation, S. 290 ff.

<sup>38</sup> In diesem Rahmen sind sie jedoch bei der Auslegung von Grundrechten zu berücksichtigen, was ihnen im Ergebnis eine über den Rang einfacher Gesetze hinausreichende Wirkung verschafft, s. *BVerfG*, Beschl. v. 26. 3. 1987, 2 BvR 589/79 u.a., BVerfGE 74, 358 (370); v. 29. 5. 1990, 2 BvR 254, 1343/88, BVerfGE 82, 106 (114), beide zur Unschuldsumvermutung.

Durchgriffswirkung.<sup>39</sup> Entscheidungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sind nicht vollstreckbar.<sup>40</sup> Der Einfluß bleibt indirekt. Andere Abkommen des Europarates haben Bezüge zu Materien des besonderen Verwaltungsrechts, so die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. Oktober 1985,<sup>41</sup> die Konvention vom 21. Juni 1994 über die zivilrechtliche Haftung für Schäden, die aus umweltgefährlichen Aktivitäten herrühren<sup>42</sup> und die Konvention über den grenzüberschreitenden Datenschutz.<sup>43</sup>

Als Ergebnisse intergouvernementaler Zusammenarbeit innerhalb der Union lassen die beiden Schengener und das Dubliner Abkommen<sup>44</sup> die verwaltungsrechtlichen Folgen einer entwickelten Gemeinsamen Innen- und Justizpolitik erahnen.<sup>45</sup> Auch deren Wirkungen sind jedoch vorerst indirekter Art und hängen von den Maßnahmen ab, die Gesetzgeber und Exekutive zu ihrer innerstaatlichen Umsetzung ergreifen.

Die weitgehende Abschottung internen öffentlichen Rechts gegenüber internationalen Einflüssen kann gegenüber dem Recht der Europäischen Gemeinschaften nicht in unverminderter Dichte bestehen bleiben. Die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten ist eingeschränkt, deren Bestand selbst steht unter überstaatlichen Bedingungen.<sup>46</sup> Die Rechtsnormen des Gemeinschaftsrechts gelten unter wechselnden Voraussetzungen unmittelbar und beanspruchen Anwendungsvorrang vor nationalem Recht. In Frankreich wurde schon im Jahre 1988

---

<sup>39</sup> Vgl. auch *Labayle*, R.F.D.A. 1992, 620 ff. Die Wirkungen auf das nationale Recht werden damit durch nationale Organe eigenständig entwickelt; zu einem Beispiel aus dem spanischen Recht *Polakiewicz*, ZaöRV 52 (1992), 804 ff. Im Rahmen der EMRK besitzen insbesondere die Art. 6 (Recht auf Zugang zu einem Gericht) und 13 (Rechtsschutzgarantie) eine gewisse Relevanz für das Verwaltungsrecht; vgl. *Schmidt-Aßmann*, FS Bernhardt, 1292 ff.; skeptischer *Arnold*, EuR 1/1995, 8 f.

<sup>40</sup> Vgl. demgegenüber Art. 187, 192 EGV.

<sup>41</sup> BGBl. 1987 II, 65.

<sup>42</sup> ETS No. 150. Die Wiederherstellungspflicht nach Art. 2 IX hat planungs- und naturschutzrechtliche Folgen, vgl. *Friebe*, NuR 1992, 457 f.

<sup>43</sup> Vom 28. 1. 1981, ETS No. 108.

<sup>44</sup> Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen v. 14. 6. 1985, GMBL 1986, 79; Übereinkommen v. 15. 6. 1990 über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften gestellten Asylantrags (Dubliner Übereinkommen), Bull. EG Nr. 6/1990, 2.2.2., BGBl. 1994 II, 791; Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen v. 19. 6. 1990, BAnz Nr. 217 a v. 23. 11. 1990. Dazu *Huber*, NVwZ 1992, 618 ff.; *Schoch*, DVBl. 1992, 530 ff.; *Dörr*, DÖV 1993, 696 ff.; *Schweitzer*, FS Börner, 403 ff.; *Pitschas*, ZRP 1993, 174 ff.; *Weber*, ZAR 1993, 11 ff.; *Bieber*, NJW 1994, 294 ff.

<sup>45</sup> Vgl. *Pitschas*, JZ 1993, 857 ff.; *ders.*, NVwZ 1994, 625 ff.

<sup>46</sup> Siehe *v. Simson*, Souveränität, S. 186 ff., bes. 204, 229, 236 f. n. 18; für *MacCormick*, MLR 1993, 1 ff. sind die Staaten der Gemeinschaft nicht mehr souverän.



geschätzt, daß etwa 80 % der Verwaltungsbehörden mit der Ausführung von Gemeinschaftsrecht befaßt seien.<sup>47</sup> Seine Regelungen durchziehen nahezu alle Gebiete des besonderen Verwaltungsrechts. Sie bleiben jedoch dem Prinzip der begrenzten Ermächtigung entsprechend sektoral begrenzt und somit an jedem Systemideal gemessen fragmentarisch. Kodifikationsähnliche Rechtsvereinheitlichung ist weder ihr Inhalt noch ihr Ziel.<sup>48</sup>

Soweit nicht unmittelbar vollziehbares Primärrecht besteht, bedient sich die Gemeinschaft in den Bereichen ihrer ausschließlichen oder alternativ-konkurrierenden Zuständigkeiten zumeist der Rechtsform der Verordnung, während sie zur Verwirklichung des Binnenmarktes primär Richtlinien erläßt. Verordnungen existieren daher vor allem im Zoll-,<sup>49</sup> Kartell-,<sup>50</sup> Agrar-,<sup>51</sup> und Fischereirecht<sup>52</sup> sowie im Außenhandelsrecht.<sup>53</sup> Das Beihilfenrecht wird weitgehend durch Entscheidungen der Kommission gesteuert.<sup>54</sup> Richtlinien haben zur Verwirklichung der Grundfreiheiten verschiedenen Zweige des Wirtschaftsverwaltungsrechts geregelt, die sich auf nahezu alle Zweige des öffentlichen Rechts bis hin zum Kirchenrecht<sup>55</sup> auswirken.

Inzwischen berührt Gemeinschaftsrecht nicht mehr nur das Wirtschaftsverwaltungsrecht,<sup>56</sup> sondern in der einen oder anderen Weise nahezu jedes Gebiet des besonderen Verwaltungsrechts, so das Ausländer-<sup>57</sup> und Asylrecht,<sup>58</sup> Baurecht,<sup>59</sup> Beamtenrecht,<sup>60</sup> Berufsrecht,<sup>61</sup> Datenschutzrecht<sup>62</sup> und Energiewirt-

<sup>47</sup> *Carnelutti*, R.F.D.A. 1988, 8.

<sup>48</sup> So zu Recht *Götz*, JZ 1994, 265 ff.

<sup>49</sup> Zum Zollkodex der Gemeinschaft (o. Fn. 12) *Duric*, RIW 1991, 409 ff.; *Lichtenberg*, ZfZ 1991, 204 ff.; *Birk*, ebd. 207 ff.; *Baumann*, ebd. 212 ff.; *Witte*, ZfZ 1993, 162 ff.

<sup>50</sup> Siehe *Pernice*, in: *Grabitz/Hilf* (Hg.), EU-Kommentar, nach Art. 87 EGV.

<sup>51</sup> Siehe *Boest*, Die Agrarmärkte im Recht der EWG, S. 285 ff.; *Götz*, EuR 1986, 29 ff.; *Barnstedt*, Durchführung, durchgehend.

<sup>52</sup> Vgl. *van Rijn*, in: v.d. Groeben/Thiesing/Ehlermann (Hg.), EU-/EG-Vertrag, Bd. 1, Fischereipolitik (S. 1012), Rn. 10, 42.

<sup>53</sup> Allgemein v. *Bogdandy*, in: *Siedentopf* (Hg.), Verwaltung, S. 135 ff.; *Wolffgang*, DVBl. 1996, 277 ff.

<sup>54</sup> Dazu z.B. *Zuleeg*, in: *Börner/Bullinger* (Hg.), Subventionen, S. 50 ff.; *Schwarze*, GS Martens, 819 ff.; *Bleckmann*, NVwZ 1990, 820 ff.

<sup>55</sup> *Hollerbach*, ZevKR 35 (1990), 260 ff.; *Starck*, FS Everling, 1427 ff.; *Rüfner*, FS Heymanns Verlag, 485 ff.

<sup>56</sup> Vgl. *Pernice/Kadelbach*, DVBl. 1996, 1100 ff.; *Schmidt-Aßmann/Röhl*, EuR Beih. 1/1997, 94 ff.

<sup>57</sup> Dazu *Hailbronner*, Ausländerrecht, S. 53 ff., 611 ff.; *Häußer*, VerwArch 87 (1996), 241 ff.

<sup>58</sup> Zur Reichweite der Befugnisse *Schweitzer*, FS Börner, 403 ff.; *Huber*, NVwZ 1992, 618 ff. Zu den Neuerungen u.a. des Art. 100 c EGV *Weber*, ZAR 1993, 11 ff.

<sup>59</sup> *Hoppe*, NVwZ 1990, 816 ff.; *Erbguth/Stollmann*, NuR 1993, 249 ff.; *Schink*, GewArch 1998, 41 ff.

<sup>60</sup> Wegen des Arbeitnehmerbegriffs nach Art. 48 I EGV und dem nur sehr engen Ausnahmebereich zugunsten öffentlicher Gewalt in Art. 48 IV EGV können sich Modifizierungen des Erfordernisses deutscher Staatsangehörigkeit als Voraussetzung für die Begründung des Beamtenverhältnisses ergeben. Dazu noch u. Kap. 5, Abschn. B III 3 e aa (2).

<sup>61</sup> *Henninger*, BB 1990, 73 ff.; zur Anerkennung von Hochschulzeugnissen Ur. v. 7. 5. 1991, Rs. C-340/89, Slg. 1991-I, 2357 (2383 ff.) – *Irène Vlassopoulou/Ministerium für Justiz*,

schaftsrecht,<sup>63</sup> das Gesundheitswesen,<sup>64</sup> das Lebensmittelrecht,<sup>65</sup> das Sozial-<sup>66</sup> und das Steuerrecht.<sup>67</sup> Die Tätigkeit der Gemeinschaft auf kulturpolitischem Gebiet<sup>68</sup> wirkt sich auf das Recht öffentlich-rechtlicher Anstalten und Körperschaften wie der Rundfunkanstalten<sup>69</sup> und Hochschulen<sup>70</sup> aus, und auch das Kommunalrecht bleibt nicht unbeeinflusst.<sup>71</sup> Das europäische Umweltrecht<sup>72</sup> erfaßt das Naturschutz-,<sup>73</sup> Wald-,<sup>74</sup> Abfall-,<sup>75</sup> Immissionsschutz-,<sup>76</sup> Wasser-,<sup>77</sup>

*Bundes- und Europaangelegenheiten Baden-Württemberg*, mit Bespr. *Hailbronner*, JuS 1991, 917 ff.

<sup>62</sup> Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 24. 10. 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 281/31; s. auch schon *Simitis*, RDV 6 (1990), 3 ff.; *Riegel*, DÖV 1991, 311 ff.; *Rudolf*, FS Stern, 1347 ff.

<sup>63</sup> *Pernice*, RdE 1993, 45 ff.; *Britz*, RdE 1997, 85 ff.; *Sellner*, EuR Beih. 1/1997, 61 ff.; abl. zu einer Kompetenz der EG *Steinberg/Britz*, DÖV 1993, 313 ff.

<sup>64</sup> Vgl. v. *Schwanenflügel*, JZ 1993, 551 ff.

<sup>65</sup> Dazu *Kleemann*, BayVBl. 1989, 617 ff.

<sup>66</sup> Siehe *Watson-Olivier*, ZIAS 1992, 41 ff.; *Schulte*, ebd. 191 ff.

<sup>67</sup> *Friedrich*, RIW/AWD 1982, 35 ff.; *Grabitz/Nettesheim*, EWS 1990, 246 ff.; *Hilf*, UTR 16 (1992), 121 ff.

<sup>68</sup> Zu den Kulturkompetenzen der Gemeinschaft *Ress*, DÖV 1992, 944 ff.; zu möglichen Folgen *Eberl*, NVwZ 1994, 729 ff.

<sup>69</sup> Richtlinie 89/552/EWG des Rates v. 3. 10. 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität, ABl. L 298/23; dazu *BVerfG*, Urt. v. 22. 3. 1995, 2 BvG 1/89, BVerfGE 92, 203.

<sup>70</sup> Zum Recht auf Hochschulzulassung etwa *EuGH*, Urt. v. 13. 2. 1985, Rs. 293/83, Slg. 1985, 593 – *Françoise Gravier/Stadt Lüttich*; auf diskriminierungsfreie Behandlung bei der Erhebung von Studiengebühren ebd. 613; auf BAFöG Urt. v. 21. 6. 1988, Rs. 39/86, Slg. 1988, 3161 – *Sylvie Lair/Universität Hannover*.

<sup>71</sup> Siehe Art. 8 b I EGV, vgl. ferner Richtlinie 94/80/EG des Rates v. 19. 12. 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, ABl. L 368/38; zu den Einflüssen des Gemeinschaftsrechts auf die kommunale Selbstverwaltung noch u. Kap. 3, Abschn. II 2 e cc.

<sup>72</sup> Allgemein *Salzwedel*, UPR 1989, 41 ff.; *Krämer*, WiVerw 1990, 138 ff.; *Pernice*, NVwZ 1990, 414 ff.; *Schröder*, in: Schoch (Hg.), Verwaltungsrecht, S. 91 ff.; *Gellermann*, Beeinflussung und *Ruffert*, Subjektive Rechte, jew. passim.

<sup>73</sup> Siehe z.B. *EuGH*, Urt. v. 28. 2. 1991, Rs. C-57/89, Slg. 1991-I, 883 (931 f.) – *Kommission/BR Deutschland* (Leybucht) mit Bespr. *Winter*, NuR 1992, 21 ff.

<sup>74</sup> VO Nr. 3528/86 des Rates, ABl. L 326/2 über den Schutz des Waldes gegen Luftverschmutzung, zuletzt geänd. in VO Nr. 2157/92 des Rates, ABl. 1992 L 217/1, und VO 926/93 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen, ABl. L 100/1; zur Waldschadenshaftung *Kiethe/Schwab*, EuZW 1993, 437 ff.

<sup>75</sup> Siehe *Bothe*, NVwZ 1987, 938 ff.; *Friedrich*, UPR 1988, 4 ff.; v. *Wilmowsky*, Abfallwirtschaft im Binnenmarkt; *ders.*, NVwZ 1991, 1 ff.; *Rengeling/Gellermann*, DVBl. 1995, 389 ff.

<sup>76</sup> Vgl. *EuGH*, Urt. v. 30. 5. 1991, Rs. C-361/88, Slg. 1991-I, 2567 (2599 ff.) (SO<sub>2</sub> in der Luft) und vom selben Tage, Rs. C-59/89, Slg. 1991-I, 2607 (2629 ff.) (Blei in der Luft), beide *Kommission/BR Deutschland*, mit Bespr. etwa von *Langenfeld/Schlemmer-Schulte*, EuZW 1991, 622 ff.; *Vedder*, EWS 1991, 293 ff.; *Hansmann*, UTR 17 (1992), 21 ff.; *Steiling*, NVwZ 1992, 134 ff.; zum EG-Luftreinhalterecht allgemein *Gallas*, in: Behrens/Koch (Hg.), Umweltschutz, S. 98 ff.; *Koch*, DVBl. 1992, 124 ff.

<sup>77</sup> Siehe *EuGH*, Urt. v. 28. 2. 1991, Rs. C-131/88, Slg. 1991-I, 825 (868 ff.) – *Kommission/*

Straßen-,<sup>78</sup> Raumordnungs-,<sup>79</sup> Atom-<sup>80</sup> und Gentechnikrecht.<sup>81</sup> Nicht nur sind daher mit Eingriffs-, Leistungs- und planender Verwaltung<sup>82</sup> alle Bereiche hoheitlicher Aufgabenerfüllung betroffen; auch die fiskalische<sup>83</sup> und privatwirtschaftliche Tätigkeit<sup>84</sup> der Verwaltung wird gemeinschaftsrechtlich durchdrungen.

Die Frage nach der Zulässigkeit der Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht stellt sich neu, wenn normative Vorgaben zur Berücksichtigung anderer Lösungsmodelle Anlaß geben. Steht innerstaatliches Vollzugsrecht mit gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen nicht in Einklang und belassen die zur Anwendung stehenden Normen einen Auslegungsspielraum, so ist nach Kriterien zu suchen, diesen in europarechtsverträglicher Weise auszufüllen. Hier scheint es erwägenswert, Aufschluß in anderen Rechtsordnungen zu suchen, besonders wenn die das interne Recht überlagernde Norm ihrerseits am Vorbild eines anderen staatlichen Modells orientiert ist.<sup>85</sup>

Zwangsläufig müssen alle diese Einflüsse Rückwirkungen auf das allgemeine Verwaltungsrecht entfalten. Da nicht nur auf die Rechtsakte, sondern auch auf die sie interpretierenden Urteile des Europäischen Gerichtshofes unterschiedliches Rechtsdenken Einfluß ausübt, beginnt sich das europäische Verwaltungsrecht zu verselbständigen. Nicht selten werden daher selbst dogmatische Systemfragen mit Verbindlichkeitsanspruch vom deutschen Recht abweichend entschieden. Dies hat Auswirkungen für zentrale Bauelemente des allgemeinen

---

*BR Deutschland* (Grundwasser), mit Bspr. *Lübbe-Wolff*, in: Behrens/Koch (Hg.), 127 ff.; *Reinhardt*, DÖV 1992, 102 ff.; *Rupp*, JZ 1992, 1034 f.; allgemein etwa *Breuer*, WiVerw 1990, 79 ff.; *Möbs*, in: Behrens/Koch (Hg.), Umweltschutz, S. 112 ff.

<sup>78</sup> *Bartsperger*, DVBl. 1987, 1 ff.

<sup>79</sup> Vgl. *Breuer*, Entwicklungen, S. 69.

<sup>80</sup> Allgemein *Pernice*, EuZW 1993, 497 ff.; zum Strahlenschutz *Eriskat/v. Pander*, DVBl. 1984, 69 ff.; *Bischof*, UPR 1988, 81 ff.; zur Wiederaufbereitung *Roßnagel*, DVBl. 1991, 839 ff.; *Rengeling*, ebd. 914 ff.; *Roßnagel/Gündling*, Die Wiederaufarbeitung im Ausland und das deutsche Atomrecht, S. 67 ff.; *Scheuing*, Grenzüberschreitende atomare Wiederaufarbeitung im Lichte des europäischen Gemeinschaftsrechts; *Wahl/Hermes*, Nationale Kernenergiepolitik und Gemeinschaftsrecht, S. 70 ff.

<sup>81</sup> Vgl. *Fuchs/Rapsch*, DÖV 1991, 873 ff.; *Herdegen*, RIW 1992, 87 ff.; *Vitzthum/Scheneck*, in: Vitzthum (Hg.), Europäische und internationale Wirtschaftsordnung, S. 47 ff.

<sup>82</sup> *Bartsperger*, DVBl. 1987, 1 ff.; *Hoppe*, NVwZ 1990, 816 ff.; *Krautzberger/Selke*, DÖV 1994, 685 ff.

<sup>83</sup> Dazu die Übersicht bei *Prieß*, Das öffentliche Auftragswesen, S. 47 ff.

<sup>84</sup> Vgl. *Mestmäcker*, RabelsZ 52 (1988), 526 ff.

<sup>85</sup> Vgl. *Hoffmann-Riem*, in: ders./Schmidt-Aßmann (Hg.), Innovation, S. 17 f. Daß zahlreiche Institutionen des deutschen allgemeinen Verwaltungsrechts durch Anleihen im ausländischen, insbesondere französischen Recht zustande kamen, bedarf an sich keiner Erwähnung, droht aber bei verbreiteter Skepsis gegenüber der Europäisierung des nationalen Verwaltungsrechts zuweilen vergessen zu werden. Neuere Beispiele für derartige Vergleiche bei *Samuel*, Cam. LJ 46 (1987), 264 ff. (zum subjektiven Recht); *Schockweiler/Wivones/Godard*, R.T.D.E. 26 (1990), 27 ff. (zur Staatshaftung für normatives Unrecht); *Ehlers*, VerwArch 84 (1993), 139 ff. (zur Klagebefugnis im Verwaltungsprozeß); generell *Schwarze*, in: ders. (Hg.), Verwaltungsrecht, S. 789 ff.

## Sachverzeichnis

- Abwägung  
– als Kollisionslösungstechnik 130  
– s. auch Optimierungsgebot  
Abwägungsfehler 452  
Abwehrrecht 410  
administratives Unrecht 166, 398 f.  
Adressatentheorie 374, 386  
Akteneinsicht 137  
Aktenöffentlichkeit 33, 419  
allgemeine Rechtsgrundsätze 64, 109 ff., 129  
Amtshaftung s. Staatshaftung  
Amtshilfe 338 f.  
Anerkennung von Hoheitsakten 35, 328 f., 330  
Anfechtungsklage 377, 394  
Anlagenzulassung 80  
– s. auch Atomrecht, Immissionsschutz, IVU-Richtlinie, Luftreinhaltung, Umweltverträglichkeitsprüfung  
Annexkompetenz 45  
Anwendungsvorrang 49, 54 ff., 270  
– s. auch Gemeinschaftsrecht, Vorrang; Verfassung  
Assoziierungsabkommen 66, 68, 411  
Atomrecht 333, 335, 346  
Auftragswesen s. öffentliche Aufträge  
Aufsichtsklage s. Vertragsverletzungsverfahren  
Auslegung  
– gemeinschaftsrechtskonforme 29, 49, 95 ff., 149, 185, 260  
– verfassungskonforme 107  
– völkerrechtsfreundliche 108  
– s. auch unbestimmter Rechtsbegriff  
Autonomie s. Gemeinschaftsrecht  
  
Beamtenrecht 248, 413 f., 434 ff.  
Beihilfe 123, 133, 240, 333 f., 338, 358, 389, 438, 428 ff., 463 ff., 471, 457  
– s. auch Verwaltungsakt, Rücknahme  
Beliehener 365 f.  
Bestimmtheit  
– der Umsetzungsnorm für Richtlinien 78, 83, 86  
– von Verordnungen gem. Art. 80 I GG 233, 321 f.  
– s. auch Verweisung  
bestmöglicher Umweltschutz 128  
Beurteilungsspielraum 297, 441, 444 ff., 482  
Bundesrat 236  
Bundesstaatlichkeit 235  
Bundesverfassungsgericht  
– Prüfung von Gemeinschaftsrecht 209 ff.  
– Kooperationsverhältnis 210, 256 f.  
– Solange-Rechtsprechung 156, 198 ff., 214, 224, 253 ff.  
  
Comité Européen de Normalisation (CEN) 323  
  
Daseinsvorsorge 355 f., 405  
Deliktshaftung 403 f.  
Demokratieprinzip 126, 226  
Direktwirkung 20, 59 f.  
– objektive  
– primären Gemeinschaftsrechts 60 ff.  
– Richtlinien 71 ff., 144, 173, 231 f., 312, 274, 386  
– subjektive 79 ff., 144  
– Verordnungen 69 ff.  
– völkerrechtliche Abkommen 65 ff.  
Diskriminierungsverbot 62  
– Inländerdiskriminierung 263 ff.  
– Geschlechterdiskriminierung 63, 84 f., 99, 103  
– Staatsangehörigkeit 409, 412, 432 f.  
– Vollzugsdiskriminierung 117 ff., 133 f., 266 ff., 394  
Dogmatik s. Rechtsdogmatik  
Drittbezogenheit der Amtspflicht 368  
drittschützende Norm s. subjektive Rechte  
dualistische Theorie 185 ff.  
Durchführung 17  
Durchführungsverordnung 301 f.

- Effektivitätsgebot 102, 115, 118, 131, 138, 475  
 effet utile 44, 71 ff., 102, 115 ff., 382 f., 440  
 Effizienzgebot s. Effektivitätsgebot  
 einstweiliger Rechtsschutz s. Rechtsschutz  
 Einzelfallgesetz 400  
 Empfehlungen und Stellungnahmen 93 f., 104  
 Energieversorgung 250  
 Entscheidungen 92 f., 338  
 Ermessen 287, 297, 443, 451 ff., 482  
 Ermessensausübung  
 – gemeinschaftskonforme 287, 482  
 Ermessensfehler 451 ff.  
 Ermessensnorm 437  
 Ermessensrichtlinie 304 f.  
 erwerbswirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand s. Verwaltungsprivatrecht  
 Estoppel-Prinzip 75 ff.  
 Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung 252  
 Europäische Gemeinschaft  
 – Hoheitsgewalt 15  
 – Kompetenzen 27 f., 41 ff., 183  
 – s. auch Gemeinschaftsrecht  
 Europäische Menschenrechtskonvention 6 f., 58, 83, 125  
 Europäischer Gerichtshof 43  
 – Befugnis zur Rechtsfortbildung 41  
 – als gesetzlicher Richter 47, 214  
 – Wirkung der Urteile 45 f.  
 Europäischer Wirtschaftsraum 67 f.  
  
 Feststellungsinteresse 377, 393  
 Feststellungsklage 393  
 fiskalische Hilfsgeschäfte s. Verwaltungsprivatrecht  
 fiskalisches Handeln, Haftung für 403  
 Fiskalverwaltung 405  
 Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 60  
 föderales Prinzip 235, 244  
 Fristen 40, 477  
  
 GATT 66  
 gebundene Kontrollerlaubnis 346 ff.  
 Gemeinschaftsrecht  
 – Autonomie 54 f., 191 ff., 220 f.  
 – Durchführung 17  
 – gemeinschaftswidriges 325  
 – Gültigkeit 466  
 – primäres  
 – Direktwirkung 60 ff.  
 – als Verfassung 21, 54  
 – als Rechtsordnung 55  
 – Sperrwirkung 56, 146 f.  
 – Verbindlichkeit 150 ff., 209, 228 ff.  
 – Verletzung s. Staatshaftung  
 – Vollzug 16 ff., 98, 110, 446, 448  
 – Vorrang 23 ff., 28 ff., 49, 258  
 – bundesstaatliche Theorie 187 ff.  
 – europarechtliche Theorie 191 ff., 205 ff.  
 – Gesamtaktstheorie 191 ff.  
 – als lex specialis 216  
 – kraft Autonomie 191 ff.  
 – kraft Kompetenzverlustes der Mitgliedstaaten 187  
 – kraft Verweisung 217 ff.  
 – völkerrechtliche Theorie 206 ff., 258 ff.  
 – s. auch Anwendungsvorrang, Direktwirkung, Verfassung  
 Gemeinschaftstreuepflicht 63, 108, 114, 142, 221, 333, 372  
 gentechnische Produkte 336  
 Gesellschaftsrecht 100 f.  
 Gesetz 299 f., 402  
 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung  
 – nach Gemeinschaftsrecht s. Rechtsprinzip  
 – nach dem Grundgesetz 5, 230 f.  
 Gesundheitsschutz 80, 170  
 Gewässerschutz s. Grundwasserrichtlinie, Trinkwasserrichtlinie, Wasserrecht  
 Gewaltenteilung 227  
 Gleichheit vor dem Recht 116 f.  
 Gleichheitssatz s. Diskriminierungsverbot, Systemtreue  
 Grundfreiheiten 60 f., 121, 351, 409, 411, 431 f.  
 Grundrechte  
 – europäische 45, 120 ff., 135 ff., 255 f.  
 – des Grundgesetzes 253 ff.  
 Grundwasserrichtlinie 169, 449  
  
 Haftung s. Staatshaftung  
 Handlungsformen 340  
 Hochschulrecht 414, 432  
 Horizontalwirkung s. Richtlinien  
  
 Immissionsschutz 311, 316  
 Inländerdiskriminierung 263 ff.  
 Integration als Staatsziel 222 f.  
 Integrationsgewalt 191 ff., 222 ff.

- Internationales Verwaltungsrecht 4, 46 f.,  
 219  
 Interessenklage 380 f., 391 f., 393, 395  
 ius commune 1 ff., 485  
 IVU-Richtlinie 33  
  
 judikatives Unrecht 167, 176  
  
 Kartellverfahren 339  
 Kausalität 176  
 Kautio 341 ff.  
 Klagearten 393 f.  
 – Anfechtungsklage 377, 394  
 – Feststellungsklage 377, 393  
 – Leistungsklage 394  
 – Normenkontrolle 392  
 – Normerlaßklage 402 f.  
 – Verpflichtungsklage 377, 393  
 Klagebefugnis  
 – nach dt. Recht 368 f., 380  
 – nach frz. Recht 380, 385  
 – nach engl. Recht 385  
 – nach it. Recht 379 f.  
 – nach niederländischem Recht 381  
 – nach Gemeinschaftsrecht 387 ff., 436 f.  
 Klageinteresse 384 f., 391 f.  
 Kollision 23  
 – direkte 25, 28, 49, 300  
 – indirekte 26, 39, 50, 270, 289  
 Kollisionsnorm 30, 219  
 Kollusion 472  
 Kommission 239 ff.  
 kommunale Selbstverwaltung 245 ff.  
 – Daseinsvorsorge 250  
 – freiwillige Aufgaben 251  
 – Organisationshoheit 246  
 – Personalhoheit 248  
 – Pflichtaufgaben 249  
 – Planungshoheit 249  
 – Sitzungsgewalt 248 f.  
 – Steuer- und Finanzhoheit 247 f.  
 Kompetenzen  
 – der Gemeinschaft 27 f., 41 ff.  
 – Überschreitung 46  
 – Übertragung 183  
 Konformauslegung s. Auslegung  
 Konkurrentenklage 431, 434  
 Konkurrenzschutz 425, 431  
 kooperative Rechtsakte 333 f.  
 Koordination der Rechtsordnungen 215 ff.  
  
 Lebensmittelrecht 9, 268  
 legislatives Unrecht 400  
  
 Leistungsrechte 413  
 Leistungsklage 394  
 Loyalitätspflicht 15 ff., 259  
 Luftreinhaltung 81 f., 88 ff., 169 f.  
 – s. auch Immissionsschutz  
  
 Maßnahmegesetz 400  
 Mischverwaltung 19  
 monistische Theorie 185 ff.  
  
 Nachbarschutz 436  
 Nachforderung 481  
 Nachprüfungsrichtlinie 364  
 Negativattest 328 f.  
 Nichtigkeitsklage 140, 338, 470  
 Normen  
 – Geltung 19  
 – als Regeln 51, 258  
 – als Prinzipien 51  
 – als Standards 52, 108  
 – s. auch technische Normen  
 Normenkonflikt 12 ff., 15, 31 ff.  
 Normenkontrolle 392  
 Normerlaßklage 402 f.  
  
 öffentliche Aufträge 59, 172, 318 ff., 360 ff.,  
 424  
 – s. auch Verwaltungsprivatrecht  
 öffentliche Ersatzleistungen s. Staats-  
 haftung  
 öffentliche Unternehmen 239, 351 ff.,  
 365 ff., 412  
 öffentlichrechtlicher Vertrag 87, 298, 343 ff.,  
 349  
 Optimierungsgebot 51  
 ordre public 190, 218, 257, 330, 338.  
 ordre public communautaire 58  
 Organisationshoheit der Mitgliedstaaten  
 238 ff.  
  
 Präklusion 400  
 Prinzipien  
 – im Gemeinschaftsrecht 109 ff.  
 – s. auch Normen  
 Prinzipienbindung 108 ff., 154 f., 185,  
 260 ff.  
 prinzipiengeleitete Rechtsanwendung und  
 Konformauslegung 148 f.  
 Produkthaftung 405  
 Produktsicherheit 332, 338  
 Prozeßrecht 391  
 Prüfungs- und Verwerfungspflicht  
 – der Gerichte 150 ff.

- der Verwaltung 39, 157 ff., 175, 228 ff., 325, 399
- s. auch Verwerfungsmonopol
- Rechtsdogmatik 275 ff.
- Rechtsetzungsautonomie 31
- Rechtsfortbildung 41, 43
- Rechtsformenlehre 293, 297 ff.
- Rechtsgrundsätze, allgemeine 64, 109 ff.
- Rechtsklarheit 83, 86
- Rechtsnormen s. Normen
- Rechtsprinzip 119 ff.
- Rechtsquelle 297
- Rechtsschutz 325 f.
  - contentieux subjectif 379 ff.
  - contentieux objectif 379 ff., 395
  - effektiver 64, 125 f., 136, 387
  - einstweiliger 135, 138 ff., 289, 395 f.
  - s. auch subjektive Rechte
- Rechtssicherheit 5, 83, 86, 106, 122
- Rechtsstaatsprinzip
  - nach Gemeinschaftsrecht s. Rechtsprinzip
  - nach dem Grundgesetz 227 ff.
- Rechtsverhältnis 284 f., 439 f.
- Rechtsvergleichung 5 f., 10, 44
- Rechtsverordnung s. Verordnung
- Regeln s. Normen
- Rezeption
  - durch Dogmatik 275 f., 291 ff.
  - durch Normsetzung 272 ff.
- Richtlinien
  - Bestimmtheit 78
  - Direktwirkung 71 ff., 231 f., 274
  - drittbegünstigende 88, 171
  - drittbelastende 88, 171
  - Horizontalwirkung 84 ff., 173, 426
  - indirekte Horizontalwirkung 87 ff.
  - subjektive Rechte 79 ff.
  - Umsetzung 74, 143 f., 296, 299, 301, 389
  - s. auch Direktwirkung, Staatshaftung
- Rückerstattung 459 ff.
- Rückforderung gemeinschaftswidrig gezahlter Beträge 123, 471
  - s. auch Verwaltungsakt, Rücknahme
- Rücknahme s. Verwaltungsakt
- Satzung 302 f., 248
- Schutzklausel 325
- Schutznorm s. subjektive Rechte
- sofortige Vollziehbarkeit 289
- Solange-Rechtsprechung s. Bundesverfassungsgericht
- Sovereignty of Parliament 200 f.
- Sozialprinzip 127, 234
- Sozialstaatlichkeit 234
- Sperrwirkung 56, 146 f.
  - s. auch Gemeinschaftsrecht
- Staatsangehörigkeit 409, 412, 432 f.
- Staatshaftung der EG-Mitgliedstaaten 40, 162 ff., 398 ff.
  - administratives Unrecht 160, 166, 398 f.
  - haftende Körperschaft 179
  - judikatives Unrecht 167, 176
  - Kausalität 176
  - legislatives Unrecht 400
  - Qualifiziertheit des Rechtsverstoßes 174, 401
  - Schaden 177
  - subjektiv-rechtliche Zielsetzung der verletzten Norm 168 ff.
  - Subsidiarität 178, 399, 402
  - Verschulden 401 f.
- Standard 52, 108, 314
- Struktursicherungsklausel 222 ff., 257 f.
- subjektive Rechte 59, 92, 144, 286, 319, 368
  - Abwehrrechte 410 ff.
  - Bühlersche Formel 377
  - gemeinschaftsrechtlich gewährte 79 ff., 369 ff.
  - Kontrollrechte 415 ff.
  - Leistungsansprüche 413
  - politische Rechte 410
  - Schutznormtheorie 369, 372 ff.
  - Schutzzumfang nach Gemeinschaftsrecht 370 ff.
  - Statuslehre 407 ff.
  - Teilhabeansprüche 414
  - Verfahrensrechte 415, 420 ff., 425
  - als Voraussetzung der Staatshaftung 168 ff.
- Subsidiarität 110 ff., 242 ff.
- Subvention s. Beihilfe, Zweistufentheorie
- Subsumtionsfehler 452
- Supranationalität 193 f., 227 f.
- Suspensiveffekt 39, 139 f., 262 f., 380, 395 f., 430
  - s. auch Rechtsschutz
- Systemkonflikt 32
- Systemtreue 263
- TA Luft s. Verwaltungsvorschrift
- technische Normen 320 ff., 367
- Teilhabeanspruch 414
- Transparenzrichtlinie 59, 357

- Trinkwasserrichtlinie 80 f., 169 f., 405 f., 413 f.
- Umsetzungsgesetz 299 f.
- Umweltaudit 320, 330 f.
- Umweltinformationen 33, 171, 415 ff.
- Umweltrecht 24, 32 f., 168, 249
- Umweltschutz 128, 283
- Umweltverträglichkeitsprüfung 33, 59, 171, 249, 317 f., 345, 420 ff.
- Umweltzeichen 330
- unbestimmter Rechtsbegriff 105 f., 287, 316, 322, 443 f.
- s. auch Auslegung
- Unionsbürgerschaft 246 f., 409
- Verfahrensrechte 415, 420 ff.
- verfahrensrechtliche Autonomie der Mitgliedstaaten s. Subsidiarität
- Verfassung
- europäische 21 f.
- Europäisierung der 224 f.
- als Grenze des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts 197 f., 222 ff., 258 ff.
- staatliche
- in Belgien 196 f.
- in Dänemark 197
- in Deutschland 197 f., 222 ff.
- in Finnland 199
- in Frankreich 199 f.
- in Griechenland 200
- in Großbritannien 200 f., 288
- in Irland 201 f.
- in Italien 202 f.
- in Luxemburg 196 f.
- in den Niederlanden 203
- in Österreich 203
- in Portugal 204
- in Schweden 204
- in Spanien 204
- Vergabeüberwachungsausschuß 363
- s. auch öffentliche Aufträge
- Verhältnismäßigkeit 124
- Verordnung
- Bundesrecht 232 f., 301 f., 314 f.
- Gemeinschaftsrecht 69 ff., 367
- Verpflichtungsklage 377, 393
- Vertragsverletzungsverfahren 132, 240, 337, 340
- Vertrauensschutz 122, 468, 470, 475
- Verwaltungsakt 36, 298, 325 f., 328, 367
- Anerkennung ausländischer 35, 328 f., 330
- begünstigender 462
- belastender 459
- fehlerhafter 334, 349, 422, 425, 467
- kooperativer 333 ff.
- mehrstufiger 336 f.
- planifizierter 345 f.
- Rücknahme 123, 133, 457 ff.
- transnationaler 36, 328
- Vollziehbarkeit 289
- Widerruf 457, 482
- Verwaltungskompetenz zur Durchführung von Gemeinschaftsrecht 237
- Verwaltungskooperation 333 f.
- Verwaltungsprivatrecht 350 f., 367
- erwerbswirtschaftliche Betätigung 357 f.
- fiskalische Hilfsgeschäfte 360, 405
- Wirtschaftsförderung 251, 358
- s. auch Beihilfen
- Verwaltungsprozeß 391 ff.
- Verwaltungsrecht
- allgemeines 10 f., 271 f., 296 f.
- besonderes 8 ff., 271 f.
- verwaltungsrechtlicher Vertrag s. öffentlich-rechtlicher Vertrag
- Verwaltungssanktion 342
- Verwaltungsverfahren 136
- Verwaltungsvorschrift 274, 303 f., 306, 312, 367
- Ermessensrichtlinie 304 f.
- gesetzvertretende 305
- norminterpretierende 106, 304
- normkonkretisierende 34, 106, 146, 306, 312
- Verwaltungszwecke 280 ff.
- Verweisung
- dynamische 233
- normergänzende 321
- normkonkretisierende 321 f.
- Verwerfungsbefugnis s. Prüfungs- und Verwerfungspflicht
- Verwerfungsmonopol des EuGH 139
- völkerrechtliche Abkommen der Gemeinschaft 65
- Vollzug 16 f.
- direkter 18, 446
- indirekter 18 f., 98, 110
- mittelbarer 19, 448
- unmittelbarer 19
- Vollzugsautonomie der Mitgliedstaaten 110 ff., 165, 238 ff.
- Vollzugsdiskriminierung 117 ff., 133 f. 266 ff., 394



- Vorabentscheidung 43, 48, 132, 139, 325, 337  
Vorbehalt des Gesetzes 273, 298, 309  
vorläufiger Rechtsschutz s. Rechtsschutz, einstweiliger  
Vorrang d. Gemeinschaftsrechts s. Gemeinschaftsrecht  
Vorrang des Gesetzes 231  
Vorsorgennormen 170  
  
Warenverkehr 38, 52, 60 f., 124, 318, 322  
Wasserrecht 169, 317, 344, 348  
Weisung 337  
  
Wesentlichkeitstheorie 273 f., 293, 308  
Wettbewerbsfreiheit 127  
Wettbewerbsprinzip 127  
Wettbewerbsrecht 25, 62, 351, 354  
Widerruf s. Verwaltungsakt  
Wirtschaftsförderung 251, 358  
– s. auch Beihilfen  
  
Zertifikat 328 f.  
Zollkodex 2, 35, 70, 367  
zollrechtliche Entscheidung 326 f.  
Zwangsvollstreckung 339  
Zweistufentheorie 342, 360, 632, 464

# Jus Publicum

## Beiträge zum Öffentlichen Recht

### Alphabetisches Verzeichnis

- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Danzwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Holzengel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band \*\*\**.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rozeck, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobotka, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmung. 1997. *Band 25*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Volkmann, Uwe*: Solidarität - Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne von  
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.  
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

